

Osterweiterung 2004

Am 1. Mai 2004 traten die Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und die Republik Zypern der Europäischen Union bei.

Am 1. Januar 2007 wurde in Slowenien der Euro eingeführt, am 1. Januar 2008 in Malta und im griechischen Teil Zyperns, am 1. Januar 2009 in der Slowakei und am 1. Januar 2011 in Estland. In Lettland erfolgte die Euro-Einführung am 1. Januar 2014, in Litauen am 1. Januar 2015. Die anderen drei Mitgliedstaaten können den Euro vorläufig noch nicht einführen, weil die Kriterien des *Stabilitätspaktes* bisher nicht erfüllt sind.

Damit erweiterte sich die EU in Richtung Osten und nahm 8 Staaten auf, die zuvor zur Sowjetunion gehört hatten oder zum Warschauer Pakt. Damit wurde die Teilung Europas in Ost und West weitgehend aufgehoben.

Alle neuen Mitgliedstaaten sind seither Nettoempfänger, d. h., sie erhalten mehr EU-Mittel für Strukturförderung u. ä., als sie an Beiträgen an die Union zahlen.

In vielen Städten fanden am 1. Mai 2004 *Freudenfeiern* statt, in Valletta (Malta) und anderen Hauptstädten erhellten große Feuerwerke den Himmel. Ein weiterer Schritt zur Vereinigung Europas war vollzogen und wurde von den Staats- und Regierungschefs in Athen gefeiert.

Die EU setzte sich somit 2004 aus 25 Mitgliedstaaten zusammen.

Rumänien und Bulgarien wurden zum 1. Januar 2007 in die Europäische Union aufgenommen.

Dadurch wuchs die Einwohnerzahl der EU auf zirka 501 Millionen (zum Vergleich: USA 335 Mio. und Russland 144 Mio. Einwohner) und ihre Fläche auf 4,3 Millionen Quadratkilometer. Seitdem ist noch Kroatien (2013) beigetreten und Großbritannien ausgetreten.

Weitere Beitrittskandidaten sind:

Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Türkei, Ukraine

Republik Estland



| | |
|------------------------|-------------------------------|
| Hauptstadt | Tallinn |
| Staatsoberhaupt | Präsident Alar Karis |
| Regierungschef | Premierministerin Kaja Kallas |
| Fläche | 45.000 km ² |
| Einwohnerzahl | 1,3 Millionen |
| Währung | Euro |

Neben der estnischen Mehrheit (70 %) gibt es eine große russische Minderheit (25 %) sowie kleinere Gruppen von Ukrainern (2 %), Belarussen und Finnen. In Tallinn sind 45 % der Einwohner keine ethnischen Esten.

Im PISA-Ranking von 2018 erreichen Estlands Schüler Platz 8 von 72 Staaten in Mathematik, Platz 5 in Naturwissenschaften und Platz 5 beim Leseverständnis. Estnische Schüler gehörten damit zu den besten von allen teilnehmenden Staaten und erreichten zusammen mit Finnland den Spitzenwert unter den europäischen Nationen.

Estland stellte 1990 seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion wieder her. Diese Entwicklung verlief friedlich und wurde als „singende Revolution“ bekannt. Das Frauenwahlrecht wurde erneut bestätigt.

Estland wurde am 29. März 2004 NATO-Mitglied. Die estnische Bevölkerung befürwortete am 14. September 2003 in einem Referendum den Beitritt zur Europäischen Union. Am 1. Mai 2004 wurde daraufhin Estland in die EU aufgenommen. Am 1. Januar 2011 führte Estland als erster der baltischen Staaten den Euro ein.

Ein großes Problem für Estland stellte die Auswanderung junger qualifizierter Einwohner nach Skandinavien und Westeuropa dar, bei einer konstant niedrigen Geburtenrate in Estland.

Nach 1990 organisierte Estland sein Gemeinwesen nach skandinavischem Vorbild völlig um: wenig Hierarchien, viel Transparenz der staatlichen Organe, moderne Kommunikationstechnik. Das Bruttosozialprodukt konnte in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt werden.

Im Global Competitiveness Index, der die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes misst, belegt Estland Platz 22 von 137 Staaten. Im Index für wirtschaftliche Freiheit belegte Estland 2017 Platz 6 von 180 Staaten.

Lettland



| | |
|------------------------|----------------------------------|
| Hauptstadt | Riga |
| Staatsoberhaupt | Präsident Edgars Rinkēvičs |
| Regierungschef | Ministerpräsidentin Evika Siliņa |
| Fläche | 65.000 km ² |
| Einwohnerzahl | 1,9 Millionen |
| Währung | Euro |

Stand 2023 gibt es neben der lettischen Mehrheit (62 % der Bevölkerung) eine bedeutende russische Minderheit (24 %). Deutlich kleinere ethnische Minderheiten in Lettland sind Belarussen und Ukrainer, die meist ebenfalls Russisch sprechen, sowie Polen und Litauer.

Am 4. Mai 1990 beschloss der Oberste Rat der lettischen Sowjetrepublik die „Wiederherstellung der Unabhängigkeit“. Der Parlamentsbeschluss konnte jedoch erst mit dem Zerfall der Sowjetunion am 21. August 1991 de facto wirksam werden. 2004 wurde die Republik Lettland Mitglied der Europäischen Union und trat der NATO bei.

Am 1. Januar 2014 führte Lettland als zweiter baltischer Staat den Euro ein.

Nach Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine im Jahr 2022 begann die lettische Regierung, russische Einflüsse zu entfernen. So wurde Russisch aus dem Lehrprogramm der 1., 4. und 7. Klassenstufe entfernt und das sowjetische Siegesdenkmal in Riga abgerissen.

Im Jahr 2021 nutzten 91 % der Einwohner Lettlands das Internet. Im letzten Jahrzehnt nahm Lettland in verschiedenen Rankings der Internetgeschwindigkeit weltweit die Plätze 3 bis 10 ein, in Abhängigkeit von der Messmethode. 2016 wurde Lettland auf Platz 8 zwischen der Schweiz und Finnland eingeordnet. Nach dem Anteil von Glasfaser-Netzen am Breitband-Internet nahm Lettland 2016 weltweit den zweiten Platz hinter dem erstplatzierten Japan ein. Landesweit verfügt Lettland über mehr als 4500 kostenlosen Wifi-Hotspots. 930 der kostenlosen WLAN-Hotspots werden in der Hauptstadt Riga angeboten, das sind drei pro km².

Litauen



| | |
|------------------------|------------------------------------|
| Hauptstadt | Vilnius |
| Staatsoberhaupt | Präsident Gitanas Nausėda |
| Regierungschef | Premierministerin Ingrida Šimonytė |
| Fläche | 65.000 km ² |
| Einwohnerzahl | 2,9 Millionen |
| Währung | Euro |

Der mit Abstand größte Teil der Bevölkerung besteht aus Litauern. Jedoch gibt es im Land auch nationale Minderheiten. Die polnische Minderheit in Litauen ist teilweise seit über hundert Jahren ansässig. Die deutsche Minderheit in Litauen blieb in ihrer langen Geschichte im Unterschied zu den Deutsch-Balten ohne größere Bedeutung. Ihre vollständige Umsiedlung nach Deutschland im Frühjahr 1941 war eine Folge des Hitler-Stalin-Paktes. Russen kamen zumeist während und nach dem Zweiten Weltkrieg nach Litauen, als das Land Teil der Sowjetunion war. Die russischsprachige Bevölkerung in Litauen, die nach den Polen die zweitgrößte Minderheit darstellt, konzentriert sich auf die Hauptstadt Vilnius.

Der Widerstand der sogenannten „Waldbrüder“ (Menschen die sich über Jahre im Wald versteckt hielten) gegen die sowjetische Besatzung stand ohne ausländische Unterstützung auf verlorenem Posten. Stalin ließ 1949 in einer dritten großen Deportationswelle Zehntausende „staatsfeindliche Elemente“ nach Sibirien deportieren, nachdem bereits 1940/41 und 1945/46 Verhaftungen und Deportationen in großem Stil durchgeführt worden waren. Viele der Deportierten starben in den Straflagern im Osten der Sowjetunion. Zu den Deportierten gehörten auch deutsche „Wolfskinder“, die im Verlauf der Kriegswirren vor dem Verhungern aus dem Königsberger Gebiet nach Litauen geflohen und oft bei Bauern untergekommen waren.

Umso mehr wünschten sich die Litauer die Unabhängigkeit von der Sowjetunion, die sie 1990 im Zuge der Singenden Revolution erlangten, 2004 traten sie der EU bei und 2007 der NATO. Wichtigste Exportartikel Litauens sind Maschinen, Elektroartikel, Textilien und Lebensmittel. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich seit dem Beitritt zur EU mehr als verdoppelt.

Polen



| | |
|------------------------|--|
| Hauptstadt | Warschau |
| Staatsoberhaupt | Staatspräsident Andrzej Duda (parteilos) |
| Regierungschef | Ministerpräsident Donald Tusk |
| Fläche | 313.000 km ² |
| Einwohnerzahl | 38 Millionen |
| Währung | Złoty |

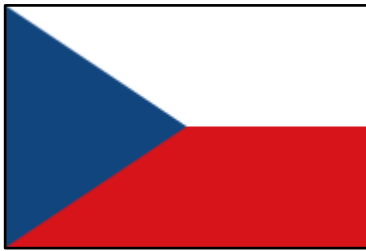
Während in den Jahren 2013 bis 2020 rund 200.000 bis 220.000 Menschen jährlich nach Polen einwanderten, erhielten im Jahr 2022 bis zum 1. Juni 2022 allein 1,1 Millionen Menschen, die vor dem Russisch-Ukrainischen Krieg flohen, einen vorübergehenden Aufenthaltsstatus in Polen.

Das heutige Polen ist ethnisch betrachtet ein äußerst homogener Staat. Nach der Volkszählung von 2011 sind 99,7 % der Bevölkerung polnische Staatsbürger und 95,53 % davon bezeichnen sich ethnisch als Polen. Die Römisch-Katholische Kirche ist mit einem Bevölkerungsanteil von 72 % der Bevölkerung mit Abstand die größte Konfession.

1945 wurden die Grenzen Polens nach Westen verschoben. Polen verlor das mehrheitlich von Ukrainern und Belarussen bevölkerte östliche Drittel seines Staatsgebietes an die Sowjetunion. Die dort ansässige polnische Bevölkerung, etwa 1,5 Millionen Menschen, wurde im Zuge der Zwangsumsiedlung von Polen nach Polen vertrieben. Im Westen und Norden wurden die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße Polen zuerkannt. Etwa fünf Millionen Deutsche waren gegen Kriegsende von dort geflohen und wurden durch Einreiseverbot an einer Rückkehr gehindert; nach dem Krieg wurden weitere 3,5 Millionen Menschen vertrieben. Die wiedergewonnenen Gebiete besiedelten drei Millionen Bürger aus Zentralpolen, etwa ein bis zwei Millionen Geflohene und Vertriebene aus Ostpolen.

Erst die Gründung der Gewerkschaft Solidarność im Jahr 1979 führte schließlich zu einem gesellschaftlich-politischen Umschwung und zu den revolutionären Ereignissen von 1980 bis 1989, die zuerst in teilweise freien Wahlen am 4. und 18. Juni 1989 mündeten. An deren Ende wurden der sogenannte Ostblock und anschließend auch die Sowjetunion aufgelöst und das realsozialistische Regime durch eine demokratische Regierungsform ersetzt.

Tschechien



| | |
|------------------------|------------------------------|
| Hauptstadt | Prag |
| Staatsoberhaupt | Präsident Petr Pavel |
| Regierungschef | Ministerpräsident Petr Fiala |
| Fläche | 79.000 km ² |
| Einwohnerzahl | 10,5 Millionen |
| Währung | Tschechische Krone |

Die Reformbewegung des Prager Frühlings wurde im Jahr 1968 von Truppen des Warschauer Paktes niedergeschlagen. Nach der Samtenen Revolution 1989 wurde unter Präsident Václav Havel die Demokratie wiedererrichtet. Die heutige Tschechische Republik entstand am 1. Januar 1993 mit der friedlichen Teilung der Tschechoslowakei. Sie ist seit 1999 Mitglied der NATO und seit 2004 Mitglied der Europäischen Union.

Tschechien ist ein Industriestaat. Sein Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner ist das höchste der ehemaligen RGW-Mitglieder. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen zählt Tschechien zu den Ländern mit sehr hoher menschlicher Entwicklung, sowohl im Bezug auf die politische als auch die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Mehrheit der Tschechen wohnt in eigenen Immobilien: 2008 bewohnten rund 40 Prozent der Haushalte in Tschechien ihr eigenes Haus und 20 Prozent der Haushalte die eigene Wohnung. 23 Prozent wohnten zur Miete, weitere 12 Prozent in Genossenschaftswohnungen.

1992 wurde Václav Klaus tschechischer Ministerpräsident. Er und Vladimír Mečiar, der Ministerpräsident der Slowakei, vereinbarten gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung eine Teilung der Tschechoslowakei in zwei Staaten. Am 20. Juli 1992 trat Präsident Havel von seinem Amt zurück. Am 25. November 1992 verabschiedete das föderale Parlament das Gesetz über die Auflösung der Tschechoslowakei. Die Charta der Grundrechte und -freiheiten, die nach dem Umbruch im Januar 1991 von der tschechoslowakischen Bundesversammlung beschlossen worden war, wurde unverändert von Tschechien übernommen. Nach der Unabhängigkeit 1992 wurde das allgemeine Wahlrecht für Frauen und Männer 1993 bestätigt.

Slowakei



| | |
|------------------------|-------------------------------|
| Hauptstadt | Bratislava |
| Staatsoberhaupt | Präsidentin Zuzana Čaputová |
| Regierungschef | Ministerpräsident Robert Fico |
| Fläche | 49.000 km ² |
| Einwohnerzahl | 5,5 Millionen |
| Währung | EURO |

Die **Slowakei** ist ein Binnenstaat in Mitteleuropa, der an Österreich, Tschechien, Polen, die Ukraine und Ungarn grenzt. Die Hauptstadt und gleichzeitig größte Stadt des Landes ist Bratislava.

Das Land ist zu zwei Dritteln gebirgig. Im Westen reicht es bis zum nördlich der Donau liegenden Teil des Wiener Beckens, während der Süden und Südosten bis zur Donau durch Ausläufer der Pannonischen Tiefebene geprägt sind. Die Slowakei liegt in der kontinental-gemäßigten Klimazone mit Unterschieden zwischen dem tiefer gelegenen Süden und dem gebirgigen Norden des Landes.

Das Gebiet der heutigen Slowakei wurde ab dem 5. Jahrhunderts von den Slawen besiedelt. Im 11. Jahrhundert wurde die Slowakei in das Königreich Ungarn eingegliedert, das ab 1526 Teil der Habsburgermonarchie und ab 1867 Teil Österreich-Ungarns war. Mit deren Zerschlagung durch das Dritte Reich entstand 1939 der kurzlebige Slowakische Staat. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die tschechoslowakische Republik 1945 wiederhergestellt. Am 1. Januar 1993 entstand nach friedlicher Aufteilung der Tschechoslowakei die unabhängige Slowakische Republik als Nationalstaat der Slowaken.

Seit 2004 ist die Slowakei Mitglied der Europäischen Union und der NATO. Im Jahr 2007 wurden gemäß des Schengen-Abkommens die Grenzkontrollen zu EU-Staaten aufgehoben, 2009 trat die Slowakei der Eurozone bei. Das Land ist eine demokratisch verfasste parlamentarische Republik. Mit Polen, Tschechien und Ungarn bildet die Slowakei die Visegrád-Gruppe.

Ungarn



| | |
|------------------------|--------------------------------|
| Hauptstadt | Budapest |
| Staatsoberhaupt | Präsident Tamás Sulyok |
| Regierungschef | Ministerpräsident Viktor Orbán |
| Fläche | 93.000 km ² |
| Einwohnerzahl | 10 Millionen |
| Währung | Forint |

Nach anhaltenden Unruhen im Land wurde Ungarn durch den österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 gleichberechtigter Teil der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn.

Allerdings war der Vielvölkerstaat Königreich Ungarn durch innere Spannungen (Selbstständigkeitsbestrebungen der nichtmagyarischen Völker, Nationalitätenkonflikte im Zuge der Magyarisierungspolitik) gekennzeichnet. Die führende Rolle bei der Industrialisierung hatten zwar vielfach Repräsentanten von Minderheiten (Deutschösterreicher und Juden) inne, die eher zur freiwilligen Magyarisierung neigten, für die slawische und rumänische Bevölkerung der ungarischen Reichshälfte galt dies aber nicht. Dies begünstigte die Zerschlagung des heterogenen Staatsgebildes nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg.

Seit den 1960er Jahren erlaubte Kádár, der bis 1988 Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und von 1956 bis 1958 sowie von 1961 bis 1968 auch Ministerpräsident war, gewisse Liberalisierungen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, die unter dem Begriff „Gulaschkommunismus“ bekannt wurden. 1987/1988 bildeten sich Oppositionsgruppen, die den friedlichen Systemwechsel vorantrieben und die Legitimität der sowjetischen (faktisch russischen) Vorherrschaft in Frage stellten.

Das Land wurde während der Flüchtlingskrise in Europa 2015/2016 zur Zwischenstation einer großen Wanderbewegung von Flüchtlingen und Migranten. Diese versuchten, von Griechenland kommend, auf diversen als Balkanroute bekannt gewordenen Strecken nach Westeuropa zu gelangen. Die Regierung ließ einen Grenzzaun an den südlichen Landesgrenzen errichten und verschärfte ihre Migrations- und Flüchtlingspolitik.

Slowenien



| | |
|------------------------|-------------------------------------|
| Hauptstadt | Ljubljana |
| Staatsoberhaupt | Staatspräsidentin Nataša Pirc Musar |
| Regierungschef | Ministerpräsident Robert Golob |
| Fläche | 20.000 km ² |
| Einwohnerzahl | 2 Millionen |
| Währung | Euro |

Slowenien ist ein Staat in Europa mit rund zwei Millionen Einwohnern, der an Italien, Österreich, Ungarn und Kroatien grenzt. Hauptstadt und zugleich größte Stadt des Landes ist das zentral gelegene Ljubljana. Im Jahr 2004 trat Slowenien der EU und der NATO bei, 2007 auch der Eurozone. Das Land ist eine demokratisch verfasste parlamentarische Republik.

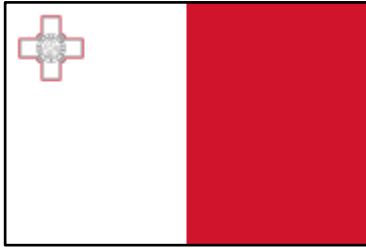
Die Einwohner Sloweniens waren nach der Volkszählung 2002 zu 83 % Slowenen; weiterhin lebten damals in Slowenien 5 % Serben, Kroaten und Bosniaken. Viele von ihnen waren bereits zu Zeiten Jugoslawiens als Binnenmigranten nach Slowenien gekommen. Bei 9 % der Bevölkerung war keine ethnische Zuordnung möglich, da keine Angaben gemacht wurden.

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden etwa 80.000 Slowenen aus den von Deutschland besetzten Gebieten nach Deutschland, aber auch nach Rumänien und Bulgarien deportiert, um dort Zwangsarbeit zu verrichten. Daneben wurden während des Krieges Kinder slowenischer Partisanen vor allem nach Franken verschickt.

Nach dem Krieg wurde im November 1945 die Volksrepublik Jugoslawien gegründet, Slowenien war als Sozialistische Republik Slowenien eine Teilrepublik Jugoslawiens. Im Zuge dieser Aufteilung gelangte Slowenien in den Besitz von Koper und Portorož mit knapp 50 Kilometer Adriaküste, doch ist die Grenzziehung zwischen den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken Kroatien und Slowenien in diesem Gebiet noch immer nicht völlig präzise geregelt.

Die wachsende Unzufriedenheit mit der Belgrader Führung während der 1980er Jahre mündete in die Unabhängigkeitserklärung Sloweniens am 25. Juni 1991.

Malta



Hauptstadt
Staatsoberhaupt
Regierungschef
Fläche
Einwohnerzahl
Währung

Valletta
Staatspräsidentin Myriam Spiteri Debono
Premierminister Robert Abela
316 km²
0,5 Millionen
Euro

Zypern



Hauptstadt
Staatsoberhaupt
Regierungschef
Fläche
Einwohnerzahl
Währung

Nikosia
Präsident Nikos Christodoulidis (beide Ämter)
de facto 5.896 km² / de jure 9.251¹ km²
1,2 Millionen
Euro

Malta und Zypern gehören eigentlich nicht zu der Osterweiterung, weil sie im Süden liegen und nicht zum Ostblock gehörten, aber sie sind so klein und zum gleichen Zeitpunkt hinzugekommen, dass sie hier mitgezählt werden.

Um Zypern gibt es immer wieder Streit. 1963 gab es Unstimmigkeiten zwischen dem „türkischen“ und „griechischen“ Teil der ethnisch vermischten Bevölkerung über Verfassung und Gesetze, Ausübung der Staatsgewalt etc. das führte zu einer Teilung der Insel. Ein Teil gehört zur Türkei, ein Teil ist ein unabhängiger Staat. Es gibt eine Mauer wie damals durch Deutschland. Am 4. Juni 1990 wurde der Beitrittsantrag Zyperns zur Europäischen Union gestellt, der für die gesamte Insel gilt, da die EU die Türkische Republik Nordzypern nicht anerkennt.

Quelle der Länderinformationen: www.wikipedia.de

Die Symbole der EU

Die Flagge: Sie stellt einen Kreis von zwölf goldenen Sternen auf blauem Hintergrund dar. Der Kreis aus goldenen Sternen repräsentiert die Einheit, Solidarität und Harmonie zwischen den Völkern Europas. Die Zahl der Sterne hat nichts mit der Anzahl der Mitgliedsstaaten zu tun, die Zahl Zwölf steht für Vollkommenheit und Einheit.

Die Hymne: Sie entstammt der 9. Symphonie Ludwig van Beethovens von 1823. Mit dieser Symphonie vertonte Beethoven die 1785 von Schiller verfasste „Ode an die Freude“, in der das Freudenthema „Freude, schöner Götterfunken“ mit dem Solidaritätsgedanken „Alle Menschen werden Brüder“ verknüpft wird.

Das Motto der Europäischen Union lautet „**In Vielfalt geeint**“ oder auch „United in Diversity“. Es drückt aus, dass sich die Europäer*innen in der EU freiwillig zusammengeschlossen haben und dass die vielen verschiedenen Kulturen, Traditionen und Sprachen in Europa bewahrt werden.

Der Europatag: Der 9. Mai wird in der gesamten EU als Europatag gefeiert. Das Datum erinnert an die Schuman - Erklärung vom 9. Mai 1950, die als Geburtsurkunde der heutigen Union gilt. An diesem Tag präsentierte der damalige französische Außenminister Robert Schuman seine Vorstellung eines geeinten Europas. Vielleicht wird zukünftig immer am 9. Mai gewählt, und es wird dann immer ein Feiertag in der gesamten EU sein.

Die 24 Amtssprachen:

- Bulgarisch – Обединен в многообразието
- Dänisch – Forenet i mangfoldighed
- Deutsch – In Vielfalt geeint
- Englisch – United in diversity
- Estnisch – Ühinenud mitmekesisuses
- Finnisch – Moninaisuudessaan yhtenäinen
- Französisch – Unie dans la diversité
- Griechisch – Ενωμένη στην πολυμορφία
- Irisch – Aontaithe san éagsúlacht
- Italienisch – Unita nella diversità
- Kroatisch – Ujedinjeni u različitosti
- Lettisch – Vienota dažādībā
- Litauisch – Suvienijusi įvairovę
- Maltesisch – Magħquda fid-diversità
- Niederländisch – In verscheidenheid verenigd
- Polnisch – Zjednoczona w różnorodności
- Portugiesisch – Unida na diversidade
- Rumänisch – Uniți în diversitate
- Schwedisch – Förenade i mångfalden
- Slowakisch – Zjednotení v rozmanitosti
- Slowenisch – Združena v raznolikosti
- Spanisch – Unida en la diversidad
- Tschechisch – Jednotná v rozmanitosti
- Ungarisch – Egység a sokféleségben